

STELLUNGNAHME THÜRINGEN

INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND
ZIVILGESELLSCHAFT

AXEL SALHEISER

Im Vergleich zwischen den ostdeutschen Bundesländern fällt zunächst auf, dass in Thüringen relativ hohe Zustimmungswerte bei den Aussagen zur Messung fremdenfeindlicher Einstellungen gemessen wurden. Mit 30,6% liegt der Wert nur knapp unter dem höchsten gemessenen Wert (Sachsen-Anhalt: 31,2%; ostdt. Bundesländer insgesamt: 27,9%). In Mecklenburg-Vorpommern beträgt der Vergleichswert 20,3%, vor allem jedoch gegenüber den westdeutschen Bundesländern (12,6%) wird ein massiver Unterschied erkennbar. Während der Messwert für Chauvinismus in Thüringen mit 16% knapp unter dem ostdeutschen Gesamtwert von 18,9% bleibt und auch andere Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms nach der Konsensdefinition eher unauffällig ausgeprägt sind, ist klassischer Antisemitismus in Thüringen mit 8% erhöht. Nur in Sachsen-Anhalt liegt der Wert mit 10,2% sogar im zweistelligen Bereich (ostdt. Bundesländer insgesamt 5,6%; Westdeutschland: 3,3%). Selbst wenn die Auffälligkeit jener Messwerte bei Beachtung der befragungsbedingten statistischen Schwankungen mit äußerster Vorsicht zu interpretieren ist, lässt sich für weitere gemessene Einstellungen ein bedenkliches Differenzial feststellen. Denn der Post-Shoah-Antisemitismus (48,6%) und die Zustimmung zu antimuslimischen Aussagen (48,9%) ist in Thüringen markant gegenüber anderen ostdeutschen Bundesländern erhöht, und auch israelbezogener Antisemitismus liegt mit 25,5% signifikant über dem Gesamtwert von 20,9%. Zudem ist die Einstellungsdimension der Verschwörungsmentalität Thüringen mit 43,2% signifikant stärker ausgeprägt als in den anderen Bundesländern, nur in Sachsen-Anhalt liegt sie mit 46% noch etwas höher.

Die Zustimmung zu der Aussage, dass man keinen Einfluss auf die Regierung habe, ist mit 80,2% in Thüringen hoch, wenngleich in den anderen Bundesländern gleiche Zustimmungswerte gemessen werden. Die Thüringer Befragten bewerten die nationale wirtschaftliche Lage in Deutschland und ihre eigene wirtschaftliche Situation auffällig schlecht, hier werden in den drei mitteldeutschen Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen un-

gefähr gleiche Werte erzielt. Die politisch-kulturellen Deprivationsparameter des Erlebens verweigerter Anerkennung als Bürger*innen liegen bei Thüringer Befragten über dem ostdeutschen Gesamtwert. So geben 41,0% der Befragten an, sie hätten manchmal den Eindruck, ihre Rechte bestünden „nur auf dem Papier“ (Sachsen-Anhalt: 43,1%; gesamt: 37,4%). In der Gesamtschau liefern diese Befunde nicht nur Hinweise auf eine gestörte Repräsentationsbeziehung zwischen politischen Eliten und nicht unerheblichen Teilen der Befragten, sondern in Bezug auf die Verbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogenen Ressentiments zeigen sie auch die in Thüringen bestehenden Gefährdungslagen für eine demokratische Kultur, die idealiter von einem größtmöglichen Konsens im Sinne einer liberalen und egalitären Normorientierung grundiert wird. Dieser scheint in Thüringen nicht gegeben zu sein, vielmehr muss konstatiert werden, dass autoritäre, fremdenfeindliche und rechtspopulismusaffine Einstellungen bei ungefähr einem Drittel der Bevölkerung eine ernstzunehmende Hypothek für demokratische Politik und gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.

Zu grundsätzlich ähnlichen Befunden wie die Ostländer-Befragung kam erneut auch der im Mai 2023 veröffentlichte Thüringen-Monitor 2022 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der auf Basis seiner jährlichen repräsentativen telefonischen Befragung der Thüringer Bevölkerung unter anderem einen signifikanten Rückgang der Demokratiezufriedenheit von 65% im Jahr 2021 auf nunmehr nur noch 49% der Befragten registrierte. Im gleichen Zeitraum sind nach den Messungen des Thüringen-Monitors ethnozentrische (d.h. fremdenfeindliche und nationalistische) Einstellungen von 29% auf 35% angestiegen, neo-nationalsozialistische Einstellungen verharren auf einem niedrigen Niveau von zuletzt 4%. Nach der Messkonvention der Kombination der beiden Einstellungsdimensionen gelten 12% der Befragten als rechtsextrem eingestellt (vgl. Reiser et al. 2023). Seit Längerem gibt es Hinweise, dass die im Freistaat besonders markanten elektoralen Erfolge der extrem rechten AfD mit ihrem Landesvorsitzenden Björn Höcke zumindest in Teilen auch in der Verbreitung dieser Einstellungen begründet sind (vgl. Richter et al. 2019a, 2019b; Salheiser et al. 2019), allzumal die Partei mit ihrer Politik und Rhetorik immer wieder unverhohlene Identifikationsangebote gegenüber nationalistisch

und antiegalitär ideologisierten Personen unterbreitet – sei es in der Asylfrage, in Hinblick auf geschlechtliche Vielfalt oder die verschwörungsideologisch gerahmten Versuche, demokratische Corona-, Energie- und Klimapolitik zu delegitimieren und zu attackieren. In einer Anfang Mai 2023 veröffentlichten Sonntagsfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA für den Freistaat Thüringen lag die AfD bei 28% und damit vor allen anderen Parteien.¹ Sie schöpft aus dem Wählerpotenzial der Politikverdrossenen und Systemdistanzierten, im Kern jedoch sind es weniger individuelle und kollektive (ostdeutsche) Deprivationsgefühle oder eine ungünstige Bewertung des Regierungshandelns und seiner Ergebnisse als die hier thematisierten autoritären Grundorientierungen und geteilte Einstellungsfacetten der Ideologien der Ungleichwertigkeit, die nach unseren Analysen eine radikal bis extrem rechte Parteienpräferenz signifikant verstärken. Die Tendenzen der Erosion demokratischer Kultur und der Gefährdung des demokratischen Zusammenhalts sind in Thüringen greifbar, das Weitererstarken der AfD gleichsam deren Symptom und Katalysator. Vor dem Hintergrund miteinander verketteter Krisenentwicklungen und des wachsenden Transformationsdrucks, der infolge der heraufziehenden Klimakatastrophe auf sämtlichen Teilbereichen der Gesellschaft lastet, müssen die aktuellen empirischen Daten als erneutes Warnzeichen dafür gedeutet werden, dass die Resilienz gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Bestrebungen dringend erhöht werden muss und diesem endlich mit konsequenteren, effektiveren Maßnahmen im Rahmen von Demokratiefördergesetzen auf Bundes- und Länderebene sowie mit der Absicherung der Landesdemokratieprogramme Rechnung getragen werden muss. Je länger dies verzögert wird, desto kleiner werden auch mittel- und langfristige Gestaltungsspielräume für demokratische Politik und desto verheerender werden die Auswirkungen aus der Perspektive aller, die sich für eine gerechte, offene und inklusive Gesellschaft einsetzen. Für das Superwahljahr 2024 in Ostdeutschland bedeutet dies, einen Konsens aller Demokrat*innen zu sichern und zu bekräftigen, der sich nicht auf Lippenbekenntnisse beschränkt, sondern die Gefahren des Autoritarismus und Rechtsextremismus in allen seinen Dimensionen wirkungsvoll bekämpft. Drängendste Aufgabe sämtlicher demokratischer Kräfte in Politik und Zivilgesellschaft sollte es sein, den hier aufgezeigten und diskutierten Einstellungspotenzialen kritisch entgegenzutreten. Keinesfalls jedoch sollte der teilweise beobachtbaren Tendenz verfallen werden, in

diesem Zusammenhang das von Rechtspopulist*innen gesetzte Narrativ einer angeblich inkriminierten Meinungsvielfalt und „Verbotspolitik“ zu adaptieren und dadurch die Systemdistanz gegenüber der Demokratie und ihren Institutionen noch weiter zu erhöhen.

LITERATUR

- Reiser, M., Küppers, A., Brandy, V., Hebenstreit, J. & Vogel, L. (2023). Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022, Jena: Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Politikwissenschaft/KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Richter, C., Salheiser, A. & Quent, M. (2019a). Die AfD zur Kreistagswahl in Thüringen 2019. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Forschungsbericht, September 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).
- Richter, C., Salheiser, A., Quent, M. (2019b). Rechtsradikale Landnahme: Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Forschungsbericht, September 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).
- Salheiser, A., Quent, M. & Kläßen, A. (2019). Thüringen vor der Landtagswahl. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im September 2019. Forschungsbericht, Oktober 2019. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ).

1) <https://www.tagesschau.de/inland/regional/thueringen/mdr-afd-will-staerkste-kraft-in-thueringen-werden-und-mitregieren-100.html> (05.06.2023).